

19. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Der Organisierten Kriminalität keine kontrollfreien Räume bieten!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, ein Konzept für die stadtweite Durchführung von Verbundeinsätzen zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität vorzulegen und darin sicherzustellen, dass sich alle erforderlichen Behörden im Land Berlin an den Einsätzen beteiligen. Dabei sind neben den Strafverfolgungsbehörden insbesondere die bezirklichen Ordnungsämter anzuhalten, sich an den Kontrollen im erforderlichen Umfang zu beteiligen.

Das Konzept soll eine Zusammenarbeit mit Brandenburger Landes- und Kommunalbehörden vorsehen, um die Landesgrenzen überschreitenden Aktivitäten der Organisierten Kriminalität zu stoppen.

Der Senat wird darüber hinaus aufgefordert, dem Abgeordnetenhaus halbjährlich – erstmalig am 1. Juli 2022 – über die in den Bezirken stattgefundenen Verbundeinsätze zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität Bericht zu erstatten. Dabei sind insbesondere Art und Anzahl der festgestellten Verstöße und die beteiligten Behörden zu dokumentieren. Erbetene, aber abgelehnte Unterstützung durch Berliner Behörden sind ebenfalls unter Angabe von Häufigkeit und Zeitpunkt der Verweigerung der Mitwirkung dem Abgeordnetenhaus mitzuteilen.

Begründung

Vertreter der aktuellen und möglicherweise auch zukünftigen Regierungspartei Die Linke hatten wiederholt erklärt, die im Kampf gegen die Organisierte Kriminalität erforderlichen

Verbundeinsätze verschiedenster Ordnungsbehörden des Landes Berlin seien rassistisch und diskriminierend. Es steht zu befürchten, dass ihre Vertreter – wo sie in politische oder fachliche Verantwortung kommen – die Fortführung dieser Einsätze zu erschweren oder zu vereiteln versuchen.

Es braucht daher ein klares Bekenntnis aller Demokratinnen und Demokraten im Abgeordnetenhaus von Berlin zum gemeinsamen Einsatz gegen die Organisierte Kriminalität.

Die Berliner Polizei trifft ihre Entscheidung, ob und an welchen Orten Verbundeinsätze durchgeführt werden sollen, ohne Ansehen von Geschlecht, Abstammung, Rasse, Sprache, Heimat, Herkunft, Glauben, religiöser oder politischer Anschauung der Betroffenen allein danach, wo gemäß der polizeilichen Erfahrung Organisierte Kriminalität sowie die Verwertung und Verschleierung des durch Organisierte Kriminalität erworbenen Vermögens stattfindet, insbesondere die einschlägigen Straftaten wie Drogendelikte, Steuerhinterziehung oder Geldwäsche begangen werden. Dies gilt auch und gerade in der „Strategie der 1.000 Nadelstiche“, mit der die Berliner Polizei und andere Behörden seit 2019 die Organisierte Kriminalität, besonders die Clan-Kriminalität, bekämpfen.

Und der Erfolg gibt dieser Strategie Recht: So führte die Polizei 2020 berlinweit 240 Einsätze im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Clan-Kriminalität durch, davon 71 im Verbund mit anderen Behörden. Hierbei wurden 525 Objekte kontrolliert, vor allem Shisha-Bars, Wettbüros, Barber-Shops und Cafés. 85 Objekte wurden wegen Verstößen geschlossen. Bei den Einsätzen wurden knapp 1.100 Strafanzeigen gefertigt, darunter gut 500 wegen Drogendelikten und 35 wegen Verstößen gegen das Waffengesetz. Die Polizei konnte zudem 34 Haftbefehle vollstrecken. Außerdem wurden mehrere Hundert Kilogramm unverzollter Tabak und Zehntausende Euro mutmaßliche Handelserlöse aus illegalen Geschäften beschlagnahmt sowie gut 1.600 Drogen-Verkaufseinheiten.

Maßnahmen, die sich gegen Kriminelle richten, sind keine „Diskriminierung“ der Kriminellen, sondern dringend notwendig, um unsere Stadt und ihre Bevölkerung vor dem Verbrechen zu schützen. Sowohl die Polizei als auch die an den Verbundeinsätzen beteiligten Kräfte der bezirklichen Ordnungsämter erfüllen hier eine ureigene staatliche Aufgabe. Sie verdienen für ihren oftmals auch riskanten Kampf gegen die Organisierte Kriminalität Respekt und Anerkennung. Wer die Verbundeinsätze verhindern will, bietet der Organisierten Kriminalität kontrollfreie Bereiche und hält eine schützende Hand über das Verbrechen.

Berlin, 16. November 2021

Wegner
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU